Vorläufige Bilanz der Lohnrunde S. 3 Was will die KPD/ML S. 4

1 H 3752 CX

Extrablatt

Proletarier aller Lander und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Sonderdruck zum 1. Mai 1980



„Olympia lebt!" Unter dieser Parole organisierten Olympiakandidaten des Deutschen Sportbundes eine Großveranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle, die am Abend des 21. April stattfand. Mehr als 4 000 Menschen kamen zu der Veranstaltung und bekundeten ihre Solidarität mit den Sportlern, die für die Olympiateilnahme des NOK der Bundesrepublik in Moskau und gegen die Zerstörung der Olympischen Idee durch skrupellose Großmachtpolitiker kämpfen.

Der 1. Mai ist Kampftag der Arbeiterklasse

Kein Tag für Bonzen und Minister!

Der 1. Mai wurde vor 90 Jahren auf dem Internationalen Arbeiterkongreß in Paris als Kampftag der Arbeiter ins Leben gerufen. Der Anlaß zu diesem Beschluß war ein Blutbad, das die Polizei am 1. Mai 1886 in Chicago (USA) unter streikenden Arbeitern angerichtet hatte, die mehr Lohn und den achtstundentag forderten. Wir brauchen den 1. Mai auch heute als einen Tag der Kampfansage der Arbeiterschaft an das Kapital und an die politische Reaktion.

Der 1. Mai gehört den Arbeitern und nicht den Bonzen und Ministern. Auf den 1.-Mai-Demonstrationen und -Kundgebungen müssen klar und kämpferisch die brennenden Forderungen der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung vertreten werden. Das Monopolkapital und die Reaktionäre, die heute unseren mühsam erkämpften kümmerlichen sozialen Besitzstand angreifen und die gleichzeitig die demokratischen Rechte beseitigen wollen, müssen kompromißlos verurteilt werden.

Der 1. Mai muß unsere feste Entschlossenheit demonstrieren, den massenhaften Widerstand der Arbeiter und Angestellten gegen Arbeitsplatzvernichtung, Reallohnabbau und verschärfte Ausbeutung in den Betrieben zu organisieren. Er muß unseren Willen zeigen, die zunehmenden Angriffe auf das Streikrecht und auf die Einheitsgewerkschaft nicht hinzunehmen, sondern dagegen unseren Kampf gegen Reaktion und Faschismus zu setzen.

Nicht zuletzt muß der 1. Mai jeder Art von imperialistischer Aggression und Großmachtpolitik sowie dem wahnwitzigen Wettrüsten, das auch von der Bonner Regierung betrieben wird, eine scharfe Absage erteilen. Wer sollte der gefährlich wachsenden Kriegsgefahr entgegentreten, wenn nicht die Arbeiterklasse und die fortschrittliche Jugend?

Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Für das gesetzliche Verbot der Aussperrung! Stoppt Strauß, gegen Reaktion und Faschismus, für Freiheit und Demokratie! Stoppt die Scharfmacher, Kampf der wachsenden Kriegsgefahr, für Frieden und Völkerfreundschaft! Das sind die Losungen, die den diesjährigen 1. Mai bestimmen müssen. Schließen wir uns um diese Losungen zusammen und festigen wir im Kampf dafür unsere Gewerkschaftseinheit!

Propaganda für die arbeiterfeindliche Regierung in Bonn und heuchlerische Sprüche von einer angeblichen Sozialpartnerschaft gehören nicht auf den 1. Mai. Am 1. Mai gilt es, unter roten Fahnen die stolze Tradition des internationalen Kampftages der Arbeiter hochzuhalten und unter den Kollegen das Bewußtsein zu stärken, daß wir Proletarier unser Recht auf ein menschenwürdiges und glückliches Leben nur im unversöhnlichen Klassenkampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter und Unterdrücker durchsetzen können.

In Ost und West wird fieberhaft gerüstet und gehetzt

Stoppt die Scharfmacher!

Kriegsaufmarsch am Persischen Golf

Der Aufmarsch rings um den Persischen Golf ist beinahe abgeschlossen. Im Umkreis von zweitausend Kilometern patrouillieren nicht nur eine riesige Zahl amerikanischer und sehr viele sowjetische Kriegsschiffe, auch Frankreich hat runde zwei Dutzend Kriegsschiffe dort stationiert. Und auch die Bundesmarine sah sich veranlaßt, einen Kampfkonvoi dorthin zu entsenden.

Neue Stützpunkte wurden bezogen, alte ausgebaut: Diego Garcia, Kenia, Somalia, Israel, Oman, Saudi-Arabien und die Türkei auf der amerikanischen, Afghanistan und Südjemen sowie Äthiopien auf der sowjetischen Seite, Frankreich verdreifacht seine Anwesenheit in Djibouti.

Und die USA fordern von ihren NATO-Partnern unbedingten Gehorsam. Beteiligung an den aggressiven Sanktionsmaßnahmen gegen den Iran als Treuebeweis für Amerika — das ist der Tenor einer gigantischen Propagandawelle von Kalifornien bis Niederbayern.

Deshalb werden in der Bundesrepublik Atomraketen stationiert, deshalb wird der Militärhaushalt der Bundesregierung so erhöht, wie es die Amis wollen, deshalb bezahlt der westdeutsche Staat das blutige Mordregime der türkischen Generäle und soll jetzt auch noch die pakistanische Generalität aushalten, die im Blut der Völker watet.

Nach und nach wird alles ins Gespräch gebracht: NATO-Einsatz im Nahen Osten, die Lufthansa als Transportorganisation der amerikanischen Armee.

Heute soll die Bundesrepublik sich an den Wirtschaftssanktionen gegen den Iran beteiligen, soll mithelfen, Menschen zum Hungertod zu verurteilen.

Es wird scharfgemacht, und keiner garantiert, daß nicht noch bundesdeutsche Soldaten an den Golf marschieren sollen!

Deshalb: Stoppt die Scharfmacher!

Maiaufruf des Zentralkomitees der KPD/ML

Kolleginnen und Kollegen!
Revolutionäre, solidarische Kampfesgrüße zum 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse.

Ein Jahr ist vergangen, seit wir am letzten 1. Mai gemeinsam für unsere Klasseninteressen demonstrierten, und unsere Lage ist in diesem Jahr sicher nicht besser geworden, eher schlechter.

Im Sommer letzten Jahres haben Unternehmer und Gewerkschaftsführung gemeinsam die vollauf berechtigte Bewegung für einen Nachschlag abgewürgt. Die Lohnrunden haben Ergebnisse gebracht, die noch nicht einmal die gestiegenen Lebenshaltungskosten — wir nennen nur die Benzin- und Heizölpreise — ausgleichen können. In die Höhe geschnellt sind die Profite, unsere sauer verdiente Mark aber ist wieder weniger wert als vor einem Jahr.

Ein scharfer Wind weht in den Betrieben: Kostensenkungsprogramme, Abbau der Belegschaften, Stillegungspläne — Rationalisierung an allen Ecken und Enden. Die Zeche zahlen wir: Arbeitshetze, Abgruppierungen, Sorgen um den Arbeitsplatz, Arbeitslosigkeit.

Der Verwirklichung jener Forderung, mit der wir uns vor allem gegen den Rationalisierungsfeldzug der Unternehmer, gegen die Auspowerung unserer Arbeitskraft, gegen Arbeitslosigkeit zur Wehr setzen können, sind wir seit dem letzten 1. Mai nicht wesentlich näher gekommen. Sie muß deshalb auch bei den Kundgebungen und Demonstrationen des diesjährigen 1. Mai im Vordergrund stehen:

Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Mit den Angriffen der Kapitalisten auf unsere wirtschaftliche Lage gehen einher die Angriffe der Bourgeoisie auf die politischen Rechte der Arbeiterklasse, insbesondere auf das Streikrecht und auf die Gewerkschaften.

Mit dem Verbot des von der RFFU bereits angesetzten Streiks der Fernseh- und Rundfunkbeschäftigten zur Verteidigung der im Zusammenhang mit der geplanten Zerschlagung des NDR gefährdeten Arbeitsplätze durch das Landesarbeitsgericht München wurde zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ein Streik, zu dem eine DGB-Gewerkschaft aufgerufen hatte, verboten.

Dieser unerhörte Angriff auf das Streikrecht steht nicht allein. Seit Jahren versuchen die Unternehmerverbände durch massiven Aussperrungsterror das Streikrecht auszuhöhlen und die Gewerkschaften auszubluten. Eine breite Bewegung für das Verbot der Aussperrung ist in Gang gekommen und hat zweifellos an Kraft und Einfluß gewonnen. Auch dieser 1. Mai muß zu einer machtvollen Kundgebung gegen den Aussperrungsterror der Unternehmer werden.

Für das gesetzliche Verbot der Aussperrung!

Ein Name steht wie kein anderer für die wütenden Angriffe der Kapitalisten und der politischen Reaktion gegen die organisierte Arbeiterschaft: Franz Josef Strauß. Die Kanzlerkandidatur dieses Gewerkschaftsfeindes Nr. 1 ist eine ungeheu-

Fortsetzung auf Seite 2

Aussperrungsterror — macht Schluß damit!

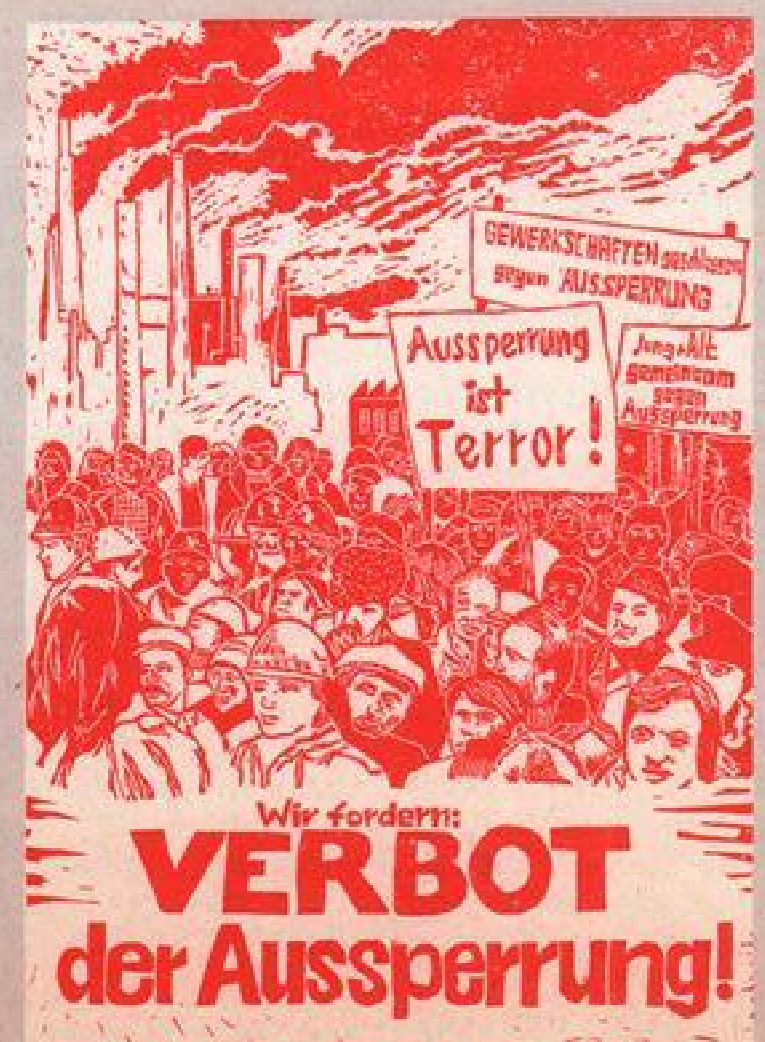
Es ist eine ganz hervorragende Sache, daß der Kampf für das Verbot der Aussperrung so machtvoll angewachsen ist. Erfolg: In Hamburg und Bremen hat die dort regierende SPD Gesetzesinitiativen für ein Verbot der Aussperrung angekündigt!

Aussperrung ist Terror, ist Mißachtung der Menschenwürde, ein soziales Verbrechen. Und nicht allein dies. Die Aussperrungswaffe soll die Gewerkschaften erst lähmen und schwächen, damit sie anschließend überhaupt zerschlagen werden können.

Schwarze Utopie? Nein! Die Kräfte, die schon Hitler an die Macht gebracht haben, die ganz großen Profithaie, Rüstungsmagnaten, Bankkönige, Chemiefürsten usw. — sie wissen ganz genau, daß Krise und Klassenkampf sich künftig noch viel mehr verschärfen. Deshalb steuern sie heute wieder auf eine faschistische Diktatur zu. Mit der hoffen sie dann, aus der Krise nochmal herauszukommen. Die Kanzlerkandidatur von Strauß ist mehr als ein Symptom.

Warum wollen die Konzernherren denn um keinen Preis die Aussperrungswaffe aus der Hand geben? Hetzte nicht der Unternehmerpräsident Esser wie wild, als der DGB seine Kampagne gegen die Aussperrung durchführte? Esser drohte sogar offen mit Abschaffung der gewerkschaftlichen Betätigungsfreiheit!

Ein Verbot der Aussperrung wäre für die Unternehmer und für die Reaktion ein gewaltiges Manko, für die Arbeiterbewegung dagegen ein enormes Plus. Aus Kassel von den Bundesarbeitsrichtern wird uns das aber nicht geschenkt. Deswegen: Gewerkschafter und Demokraten gemeinsam voran für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung!



Kommentar

Die Aussperrung gehört verboten. Darüber herrscht im DGB Einigkeit. Ungezählte Meinungsbekundungen, Beschlüsse und Resolutionen zeugen davon. Und auch das neue Aktionsprogramm des DGB fordert ja das Verbot der Aussperrung.

Signale für Kassel?

Dennoch hat der Westberliner DGB-Vorsitzende Walter Sickert vor einigen Wochen öffentlich gegen diese Forderung Stellung bezogen und zwar in der örtlichen Parteizeitung der CDU (Sickert ist SPD-Mitglied). Ein solches Verhalten spricht nicht nur den Grundsätzen gewerkschaftlicher Solidarität Hohn; es ist ein eklatanter Bruch der gewerkschaftlichen Organisationsdisziplin.

Aber bis heute hat die DGB-Führung an diesem Verhalten kein Wort der Kritik gefunden, gar nicht davon zu reden, daß in einem solchen Fall von Rechtswegen ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens durchaus angebracht wäre.

Nun ist man es ja gewohnt, daß die DGB-Spitze gewerkschaftsfeindliche Umtriebe immer nur links ortet. Man muß sich nur einmal die Ausschlüsse und Maßregelungen der vergangenen Monate und Jahre ansehen. Aber in diesem Fall gibt es doch noch einen besonderen Hintergrund: Gerade in diesen Wochen bastelt bekanntlich das Bundesarbeitsgericht in Kassel an einem Grundsatzurteil über die Aussperrung.

Werden hier etwa gewisse Signale nach Kassel gefunkt? Ein böser Verdacht! Und er ist durchaus nicht an den Haaren herbeigezogen, denn der Fall Sickert steht nicht für sich allein. Da war zum Beispiel die Verleihung des vom DGB gestifteten Hans-Böckler-Preises. Dieser mit 20 000 Mark dotierte Preis wurde ausgerechnet an einen Befürworter der Aussperrung verliehen, nämlich an den Jesuiten und katholischen Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning. Die Preisverleihung fand am 5. März dieses Jahres statt, also etwa fünf Wochen vor der Verhandlung des Bundesarbeitsgerichts in Kassel über die gewerkschaftlichen Aussperrungsklagen.

Zu diesem Zeitpunkt schlug die Debatte über die Forderung nach einem Verbot der Aussperrung hohe Wellen in der Öffentlichkeit, was nicht zuletzt auch der Kampagne des DGB gegen die Aussperrung zu verdanken ist, die im Februar ihren Höhepunkt gefunden hatte. Und just in diese öffentliche Debatte griff der wenig später preisgekrönte Jesuit mit Beiträgen ein, in denen die Forderung nach dem Verbot der Aussperrung als unhaltbar abqualifiziert wird.

So konnte man etwa in der Zeitschrift „Stimmen der Zeit" die Stimme des Herrn von Nell-Breuning vernehmen mit Sätzen wie dem folgenden: „*... aus Artikel 9 Absatz 3 GG ein Schutzgesetz zu machen, das als solches den Streik mehr oder weniger unbesehen legitimiert, dagegen die Aussperrung unter Verbot stellt, hat weder in den Tatsachen noch in der geschichtlichen Entwicklung noch im Grundgesetz eine Grundlage.*"

Die Aussperrung sei nur zusammen mit dem Streik aus der Welt zu schaffen, belehrte Herr von Nell-Breuning die Gewerkschaften; und er propagierte (genau wie einige Wochen später dann der Präsident des Bundesarbeitsgerichtes) das reaktionäre „Friedensabkommen" in der schweizerischen Maschinenbau- und Uhrenindustrie, das den Arbeitern das Streiken verbietet, als ideale Lösung und Wunschmodell.

Nichtsdestoweniger hat sich dieser reaktionäre Jesuit laut DGB-Vorsitzendem H.O. Vetter „*in Theorie und Praxis hervorragender Verdienste um eine sozial gerechtere Ausgestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland erworben.*" Maria Weber nannte den Herrn bei der Preisverleihung einen „*unerschrockenen Anwalt der Arbeitnehmer*" und einen „*wohlwollenden und kritischen Freund der Arbeiterbewegung.*"

Wir können uns vorstellen, daß die Bundesarbeitsrichter in Kassel sich derartige Huldigungen der DGB-Spitzen gegenüber einem Verteidiger des Aussperrungsterrors durch den Kopf gehen lassen. Und dasselbe gilt natürlich für die Stellungnahme des Walter Sickert.

Aus dem Programm der KPD / ML

Der Sturz des Kapitalismus und der Sieg der sozialistischen Revolution haben zur Voraussetzung, daß die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse und ein breites Bündnis der Arbeiterklasse mit den anderen werktätigen Volksschichten hergestellt werden. Die KPD/ML arbeitet in den täglichen Kämpfen der Volksmassen für die Schmiedung dieser revolutionären Einheitsfront. Während sie bemüht ist, in der Arbeiterklasse und unter den Werktätigen das Verständnis für die Notwendigkeit und den Nutzen der sozialistischen Revolution zu erzeugen und zu vertiefen, unterstützt sie alle Kämpfe für Reformen, die die Lage der Werktätigen und ihre Kampfbedinungen verbessern. In all diesen Kämpfen reicht die KPD/ML allen Arbeitern und Werktätigen, jedem Gewerkschafter, Antifaschisten und Demokraten, jedem Antimilitaristen und Friedenskämpfer, jedem ehrlichen Patrioten über die Grenzen von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung hinweg die Hand zum gemeinsamen Kampf.

(Zu der Frage „Was will die KPD/ML?" siehe auch den Artikel auf Seite 4.)

Franz Josef Strauß

Gewerkschaftsfeind Nr. 1

CSU will DGB zerschlagen

„Die Gewerkschaftsfrage kann gelöst werden." So heißt es in einem geheimen Papier der Strauß-Partei CSU, das im vergangenen Jahr an die Öffentlichkeit gelangte.

In den erwähnten „Rohmaterialien" werden verschiedene Vorschläge angeführt, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Und einer dieser Vorschläge, die hier ganz offen diskutiert werden, ist die Einrichtung von „Arbeitnehmerkammern mit Zwangsmitgliedschaft" — ein Modell, das sich deutlich an der Nazi-Arbeitsfront orientiert.

Als weitere Möglichkeiten kommen zur Sprache: die Fraktionierung des DGB und die Gründung einer „neuen Konkurrenzgewerkschaft aus der Retorte". Die Strauß-Leute geben in ihren Überlegungen allerdings auch zu erkennen, daß sie bei diesen Plänen auf ein unüberwindliches Hindernis stoßen, nämlich auf eine mangelnde Basis unter den Werktätigen, deren größter Teil ihnen zutiefst feindlich gegenübersteht.

Deshalb wird in den „Rohmaterialien" als der gegenwärtig am ehesten zu verwirklichende Vorschlag die massive Unterstützung der „christlichen" Spaltergewerkschaft CGB genannt. Dieser Verein vertritt das gleiche arbeiterfeindliche Programm wie Strauß. Er hat in seinen Reihen Unternehmer (!) ebenso organisiert wie Betrüger und Spekulanten vom Schlage eines Erich Mende oder Hetzer wie ZDF-Löwenthal.

Und diesen Verein wollen Strauß und seine Leute zur reaktionären Streikbruchzentrale, zur Gegenkraft zum DGB hochpäppeln; unter anderem dadurch, daß sie — wie es in den „Rohmaterialien" heißt — alle Anhänger der CDU/CSU zum Austritt aus dem DGB anhalten wollen. Es liegt auf der Hand, daß solche Pläne zu einer gefährlichen Spaltung der Gewerkschaftsbewegung führen und es darüber hinaus den Strauß und Co. ermöglichen würden, noch stärkeren Druck auf die Führung des DGB auszuüben.

Letztlich aber will Strauß die völlige Zerschlagung jeder freien gewerkschaftlichen Aktivität. Die CSU hat klar zu erkennen gegeben, was Gewerkschaften in ihrem Sinne sind: etwa die vom Diktator Pinochet geschaffenen Organe der Arbeitsfront im faschistischen Chile. Die werden nämlich von der CSU mit 2,4 Millionen Mark (für die auch noch die westdeutschen Steuerzahler aufkommen müssen!) finanziert.

Maiaufruf des ZK der KPD/ML

Fortsetzung von Seite 1

re Herausforderung für die gesamte Arbeiterbewegung.

Strauß hat gedroht, die Gewerkschaften zu spalten. Strauß hat mit seiner Klage gegen die Zeitung „metall" versucht, die Gewerkschaftspresse zu knebeln. Maßloser Haß kennzeichnet seine gesamte Hetze gegen die Arbeiterbewegung. Strauß vertritt jene Teile des Unternehmertums, die am aggressivsten und brutalsten gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen vorgehen wollen.

Verteidigen wir die Einheitsgewerkschaften! Bauen wir auf unsere Kraft!

Mit Strauß und seinen Hintermännern kann es keine „loyale Zusammenarbeit", wie sie offenbar durch Treffen à la Vetter-Strauß angestrebt wird, geben. Nur der konsequente antifaschistische Massenkampf kann diesen Kräften den Weg zu einem neuen '33 versperren.

Darum muß Schluß sein mit den Beschwichtigungsversuchen der Gewerkschaftsführung. Darum darf es keine Treffen von Gewerkschaftsführern mit Strauß mehr geben. Darum muß dieser 1. Mai eindeutig im Zeichen des Kampfes gegen die Kanzlerkandidatur von Strauß, gegen den Vormarsch von Reaktion und Faschismus stehen!

Stoppt Strauß! Gegen Reaktion und Faschismus! Für Freiheit und Demokratie!

Am 1. Mai demonstrieren die Arbeiter aller Länder ihre Solidarität und brüderliche Verbundenheit. Sie demonstrieren damit zugleich gegen jene Scharfmacher und imperialistischen Kriegstreiber, die es wieder so weit bringen wollen, daß Arbeiter auf Arbeiter schießen.

Angesichts des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan und der Kriegshetze der US-Regierung können vor der realen und wachsenden Gefahr eines neuen Weltkrieges die Augen nicht mehr verschlossen werden. Die Imperialisten in Washington und Moskau, aber auch in Bonn, steuern im Kampf um das Öl, um Rohstoffe und Weltherrschaft darauf zu. Der proletarische Internationalismus und die internationale Solidarität der Arbeiterklasse mit dem gerechten Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus, vor allem gegen den US-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, sind Gebot der Stunde.

Nur die internationale Arbeiterbewegung kann den kalten und heißen Kriegern die Waffen aus der Hand schlagen und ein neues Blutbad verhindern. Darum muß es an diesem 1. Mai heißen:

Stoppt die Scharfmacher! Kampf der wachsenden Kriegsgefahr! Für Frieden und Völkerfreundschaft!

Kolleginnen und Kollegen!

Das Zentralkomitee der KPD/ML ruft euch auf: Beteiligt euch massenhaft an den Kundgebungen und Demonstrationen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften!

Der 1. Mai gehört uns, der Arbeiterklasse, nicht den Bonzen und Ministern. Der 1. Mai ist keine Propagandaveranstaltung für die bürgerliche Regierung und keine Feierstunde im Sinne der Zusammenarbeit zwischen Unternehmern, Regierung und Gewerkschaftsführung. Der 1. Mai ist unser Kampftag.

Sorgen wir dafür, daß der diesjährige 1. Mai den kämpferischen Charakter erhält, der seiner stolzen Tradition entspricht.

Heraus zum 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse!

Kein Abkommen zwischen Vetter und Strauß!

„Gewerkschafter gegen Strauß!"

Der Machtanspruch des Kanzlerkandidaten aus Bayern hat die gewerkschaftliche Basis nachhaltig mobilisiert. Viele Kollegen erkennen die Notwendigkeit, gegen diesen Gewerkschaftsfeind Nr. 1 aktiv zu werden.

Im Vorstand des DGB allerdings denkt man anders. Obwohl die CSU-Pläne zur Zerstörung der Gewerkschaften seit langem bekannt sind (siehe auch Artikel auf dieser Seite), ließ sich der Vorsitzende Vetter schon zweimal trotz aller Proteste dazu herbei, Strauß seine Aufwartung zu machen.

Und da wurde nicht nur ein einfacher „Gedankenaustausch" gepflogen, sondern handfeste Vereinbarungen getroffen. Zur Vernichtungsstrategie der Strauß-Partei gegenüber den Gewerkschaften gehört eben auch der Versuch, alle wirklich kämpferischen Elemente im DGB mundtot zu machen. Dazu haben Strauß und seine Leute die Hetzparolen von der „kommunistischen Unterwanderung" des DGB erfunden.

Vetter und seine Vorstandskollegen nehmen diese Parole auf und schlagen damit auf jede oppositionelle Regung gegen den Kurs der Sozialpartnerschaft und des Stillhaltens ein.

Und bei dieser Kumpanei mit Strauß berufen sich die Vetter und Co. auch noch unverschämt auf die Einheitsgewerkschaft. Aber was heißt das denn: Einheitsgewerkschaft? Es bedeutet doch, gemeinsames Handeln aller Werktätigen — ungeachtet von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung — in einer einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation. Und dieses Handeln muß selbstverständlich darauf gerichtet sein, die gemeinsamen Interessen der Werktätigen gegen die Unternehmer und ihren Staat durchzukämpfen.

Stoppt Strauß, den Gewerkschaftsfeind Nr. 1!

Nein zum Olympia-Boykott!

Bundesrepublik muß teilnehmen

Mitte April hat das Nationale Olympische Komitee der USA beschlossen, sich dem Druck, den Jimmy Carter organisiert hatte, zu beugen und die olympischen Spiele von Moskau zu boykottieren. In der Bundesrepublik wird bereits seit Monaten eine sehr intensive Kampagne entfacht, um die westdeutschen Sportler ebenfalls zum Boykott zu zwingen. Die Bundesregierung hat dem NOK bereits eine entsprechende „Empfehlung" gegeben.

Sportler und Sportsfreunde in aller Welt wehren sich dagegen, daß auf ihrem Rücken der Kampf der beiden Supermächte um die Welt ausgetragen werden soll.

Natürlich war der sowjetische Überfall ein verdammenswerter, barbarischer, imperialistischer Akt. Natürlich muß man den Rückzug der Sowjettruppen aus Afghanistan fordern. Das tun auch die Sportler, die Freunde des Sports, und erst recht wir Kommunisten.

Aber: ausgerechnet Jimmy Carter als Gralshüter der olympischen Idee? Der Präsident jener imperialistischen Macht, die zur Zeit der Olympiade von Tokio im kleinen San Domingo einfiel, um dort einen gewählten Präsidenten zu stürzen? Jener Macht, die zur Zeit der Olympiade von Mexico City in Vietnam Massenmord mit Giftgas und Napalm beging? Jener Macht, die während der Münchner Olympiade Kambodscha mit Bombenteppichen belegte? Jener Macht, die seit der Montrealer Olympiade allein in Mittelamerika mindestens 20 000 Menschen auf dem Gewissen hat, die nur Lohn, Brot und Freiheit wollten?

und Politik nicht trennen. Das haben die Demokraten aller Länder schon 1978 bei der Fußballweltmeisterschaft in Argentinien gesagt, das unter einer faschistischen Diktatur stöhnt.

Damals ließ man westdeutsche Sportler wie Breitner nicht mitfahren, weil sie sich gegen das unmenschliche Regime aussprachen!

Sportpolitik kann und darf aber nicht heißen, daß man es Jimmy Carter und den hinter ihm stehenden Kriegstreibern erlaubt, in ihrer allgemeinen Kriegshysterie die Olympiade als Mittel zum Einpeitschen der Kriegsstimmung zu benutzen.

Nicht umsonst sind die reaktionärsten Politiker der westlichen kapitalistischen Staaten die lautesten Boykottschreier. Die Strauß und Kohl bei uns, die eisern volksfeindliche Maggie Thatcher auf der britischen Insel und Figuren wie der Gewerkschaftsauflöser Fraser aus Australien.

Sollen sie ihre Gegenspiele machen. Mit Erdnußweitwurf vom galoppierenden Känguruh als Disziplin, oder was sie wollen. Aber sie sollen von dem, was in der olympischen Idee steckt, von Völkerfreundschaft der Sportjugend der Welt ihre schmutzigen Hände lassen.

Diesjährige Lohnrunde eine Pleite?

Verschaukelt — trotz aller Fortschritte!

Milliarden an Zusatzprofiten wanderten im vergangenen Jahr dank der skrupellosen Preistreiberei in die Tresore der Bank- und Industriemagnaten. Und in diesem Jahr? Alles spricht dafür, daß die Preisschraube noch hemmungsloser nach oben gedreht wird. Die Folge: sinkende Reallöhne trotz steigender Produktivität und zunehmender Arbeitshetze. Dagegen hilft nur konsequenter Lohnkampf. Die bisherige Bilanz der Lohnrunde aber sieht traurig aus.

Der Metallabschluß setzte mit 6,8 Prozent eine Richtmarke, die in jeder Beziehung negativ war. Nachschlag? Endgültig den Konzernherren geschenkt! Preissteigerungsrate des laufenden Jahres? Hoffnungslos unterschritten! Die angestrebte Anhebung der unteren Einkommensgruppen? Fallengelassen zugunsten einer einmaligen kümmerlichen Abschlagszahlung!

Der Abschluß war so sehr nach dem Geschmack der Unternehmer, daß die Loderer und Janßen ihn nur im harten Klinch mit der Basis durchziehen konnten. In Hessen stimmte die Große Tarifkommission mehrheitlich gegen die Annahme des Verhandlungsergebnisses.

Die IG Druck und Papier hielt sich mit 6,8 Prozent leider an die von der IGM-Führung gesetzte Grenze. Aber immerhin setzte die IG Druck als einzige Gewerkschaft eine Anhebung der unteren Lohngruppen durch.

Die ÖTV-Mitglieder schließlich fühlen sich am meisten verschaukelt. In keiner anderen Gewerkschaft standen bei der diesjährigen Lohnrunde die Kollegen so kampfentschlossen und aktiv für ihre Forderungen ein, wie in der ÖTV. Die geforderte Mindestanhebung um 180 Mark hatte die ÖTV-Basis aktiviert und zusammengeschlossen.

Die ÖTV-Kollegen gaben mit ihren spontanen Warnstreiks einen eindrucksvollen Beweis ihrer Kampfkraft. Kluncker und seine Gefolgsleute unterschrieben trotzdem den miesesten Tarifabschluß der bisherigen Lohnrunde. Nur 6,3 Prozent, und anstatt einer Mindestanhebung ein kleiner Ausgleichsbonus für die Kollegen mit den niedrigsten Löhnen.

Bei diesem Stand der Dinge haben es die Kollegen in den Branchen, wo die Lohnverhandlungen noch nicht abgeschlossen sind (Chemie, Bergbau, Einzelhandel, Textil und Bekleidung), natürlich schwer, doch noch einen Durchbruch zu einer echten Lohnerhöhung zu schaffen.

Es stellt sich die Frage: Warum ist diese Lohnrunde bis jetzt so schlecht verlaufen, obgleich doch gerade in den letzten Monaten die Gewerkschaftsbewegung einen bemerkenswerten Aufschwung genommen und die klassenkämpferische Opposition im DGB sprunghaft angewachsen ist?

Wir Kommunisten meinen, daß kein Anlaß zur Resignation besteht. Stattdessen müssen wir uns fragen, wo und wie angepackt werden muß, damit künftig die Kampfbereitschaft an der Basis besser organisiert und in erfolgreiche Aktionen umgemünzt werden kann, trotz aller Sabotage der Loderer, Kluncker oder Hauenschild.

Wir sehen hauptsächlich folgende Schwachstellen an der Front der aktiven Gewerkschafter: Zwar werden in den gewerkschaftlichen Gremien zunehmend richtige Forderungen durchgesetzt und fortschrittliche Beschlüsse erwirkt. Das ist gut, aber reicht nicht aus. Gleichzeitig müssen unabhängig von der Gewerkschaftsführung die Kollegen im Betrieb, die Gewerkschaftsmitglieder an der Basis, mobilisiert und zu Aktionen, unter Umständen auch zu von der Gewerkschaftsspitze nicht genehmigten Streiks geführt werden. Hierbei aber gibt es noch zu viel Zögern! Weiter muß die oppositionelle, klassenkämpferische Front in der Gewerkschaft zu einer schlagkräftigen, einig und zielbewußt kämpfenden Kraft werden. Sie muß organisiert werden!

Das genau ist die Aufgabe, die sich die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) mit ihrer Gründung vor ungefähr anderthalb Jahren gestellt hat. Die RGO will, daß Arbeiterverräter von der Sorte Loderer, Vetter, Adolph Schmidt und Co. aus dem DGB vertrieben und durch konsequente Kämpfer für die Arbeiterinteressen ersetzt werden. Sie will den konsequenten Bruch des DGB mit der Politik der „Sozialpartnerschaft". Sie will die Gewerkschaftseinheit, die im Kampf ohne wenn und aber für die Durchsetzung der Arbeiterinteressen geschmiedet wird.

Das finden wir Kommunisten richtig und notwendig. Deswegen sagen wir: Gewerkschafter hinein in die RGO! Machen wir sie stark, damit der DGB zu unserer mächtigen Waffe gegen die Unternehmer wird. Dann können uns solche Niederlagen wie in der jetzigen Lohnrunde oder zum Beispiel wie beim Stahlarbeiterstreik nicht mehr passieren!



Mit spontanen Streikaktionen demonstrierten die ÖTV-Kollegen eindrucksvoll ihre Kampfbereitschaft. Unser Foto: streikende Müllarbeiter vor dem Stadthaus in Dortmund.

Rationalisierung bedroht Millionen Werktätige

35-Stunden-Woche muß her!

Stop den Arbeitsplatzkillern!

35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich — das ist eine der brennendsten gewerkschaftlichen Forderungen. Nach wie vor! Denn unsere Arbeitsplätze sind heute nicht weniger bedroht als vor einem Jahr. Im Gegenteil! Und wieviele Kollegen gehen kaputtgeschuftet ins Rentenalter, als gesundheitliches Wrack?

35 Stunden sind genug. Die Arbeitsplatzkiller in den Konzernetagen planen neue Rationalisierungsfeldzüge, die alles bisher Dagewesene noch in den Schatten stellen sollen. Durch die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung droht sowohl in den Produktions- als auch in den Verwaltungs- und kaufmännischen Bereichen die Vernichtung von Millionen Arbeitsplätzen. Am stärksten dürften dabei die Angestellten betroffen sein.

Die Siemens-Bosse haben eine Untersuchung erstellen lassen, die den Titel „Büro 1990" trägt. Darin wird festgestellt, daß 25 bis 30 Prozent aller bisherigen Bürotätigkeiten vollkommen automatisierbar und 43 Prozent „formalisierbar" sind. Und was die Erwerbstätigen insgesamt betrifft, so hat die IG Metall errechnet, daß innerhalb der nächsten 15 Jahre jeder zweite Erwerbstätige erleben wird, daß die Mikroelektronik seinen Beruf ausradiert oder wenigstens einschneidend verändert. Auch der gesundheitliche Verschleiß wird durch die Rationalisierung verschärft werden!

Das sogenannte Einsparen von Lohnkosten ist eine der wichtigsten Methoden der Kapitalisten zur Befriedigung ihrer unersättlichen Profitgier. Von daher droht mit Einführung der neuen Technik in diesem Jahrzehnt eine ungeheure Ausweitung der Massenarbeitslosigkeit. Die 35-Stunden-Woche allein kann diese Entwicklung zwar auch nicht stoppen. Aber um die Arbeitsplatzvernichtung wenigstens abzuschwächen, ist es brennend notwendig, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich so schnell wie nur möglich durchzusetzen.

Die Stahlarbeiter haben als erste den Vorstoß zur 35-Stunden-Woche gewagt. Sie erlitten eine Niederlage, weil die IG-Metall-Führung ihnen in den Rücken gefallen ist. Daraufhin wurde im letzten Jahr die 40-Stunden-Woche in den meisten Branchen tarifvertraglich für fünf Jahre festgeschrieben. Aber wir DGB-Mitglieder dürfen uns um keinen Preis darauf festnageln lassen! Die Vertagung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche für mehrere Jahre käme einer gewerkschaftlichen Selbstverstümmelung gleich, die schwerwiegende Folgen für unser Lage hätte!

Also kämpfen wir! Arbeiter und Angestellte gemeinsam! Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn! Für die vorzeitige Kündigung der entsprechenden Manteltarifvereinbarungen! Kein Stopp für die 35-Stunden-Woche, sondern Stopp den Arbeitsplatzkillern!

Kampf für Wiedereinstellung der Hoesch-Betriebsräte

Solidarität ist unsere Waffe!

DORTMUND.— Am 19. Februar waren bei Hoesch die RGO-Betriebsräte Hartmut Siemon und Norbert Bömer entlassen worden, weil sie der Belegschaft einen den Belegschaftsinteressen zuwiderlaufenden Sozialplanentwurf zugänglich gemacht hatten, kurz bevor er verabschiedet werden sollte. Das Traurige dabei ist: Die Mehrheit des Betriebsrates stimmte der Entlassung zu.

Unmittelbar nach der Kündigung setzte eine breite Solidaritätskampagne ein — über die Grenzen von partei- und gewerkschaftspolitischen Unterschieden hinweg. Der Schriftsteller Max von der Grün sagte sofort gegenüber der Presse: „Setzt mich an die erste Stelle der Solidaritätsliste!" Mit ihm und vielen anderen bekannten Persönlichkeiten, Betriebsräten, Vertrauensleuten und Kollegen gründete sich ein Solidaritätskomitee, das fortan massiv die Wiedereinstellung der beiden Betriebsräte forderte. Zahlreiche gewerkschaftliche Gruppen, Kollegen, Schriftsteller, Künstler usw. drückten in Resolutionen, Briefen und durch ihre Unterschrift ihren Protest gegen die Entlassung aus. Am 1. März organisierte das Komitee eine Veranstaltung für die Wiedereinstellung der beiden Betriebsräte. Rund 500 Menschen nahmen daran teil.



Kämpfen für ihre Wiedereinstellung: die Hoesch-Betriebsräte Hartmut Siemon und Norbert Bömer.

Die Solidaritätskampagne hatte Erfolg. Am 13. März erließ das Dortmunder Arbeitsgericht eine einstweilige Anordnung, nach der die beiden Betriebsräte ihre Betriebsratstätigkeit weiter ausüben können, bis das anstehende Kündigungsschutzverfahren rechtskräftig abgeschlossen ist. Unmittelbar nach ihrer Entlassung hatten die beiden in einem Interview optimistisch gesagt: „Es wird nicht lange dauern, und wir sind wieder da." Jetzt ist es schneller passiert, als die Hoesch-Bosse es sich ausgemalt hatten.

Die Solidaritätskampagne zeigt, was ein Zusammenstehen der Kollegen und eine breite Mobilisierung der Öffentlichkeit alles bewirken kann. Sie zeigt uns, wie die Sache bei künftigen Fällen dieser Art angepackt werden muß.

Der Kampf ist jedoch noch nicht ausgestanden. Es gilt noch mehr Menschen zu mobilisieren. Denn mit der Entlassung der Betriebsräte Bömer und Siemon soll versucht werden, Betriebsräte zu Geheimräten zu machen. Von Unternehmerseite wird damit versucht, den Informationsfluß zur Belegschaft zu zensieren. Dies darf von keinem Gewerkschafter, keinem fortschrittlichen Menschen hingenommen werden.

Sozialistische Volksrepublik Albanien

Arbeitslosigkeit? Kennen wir nicht!

Wenn sich die Politiker in Bonn zur gegenwärtigen Wirtschaftskrise äußern, dann fehlt selten der Hinweis darauf, daß es sich dabei eben um eine weltweite Erscheinung handele. „Da kann man halt nichts machen", soll das wohl heißen.

Aber die Menschen in Albanien, dem kleinen sozialistischen Land an der Adria, kennen die Arbeitslosigkeit nur aus den Auslandsnachrichten im Fernsehen. Für sie selbst ist es längst eine Selbstverständlichkeit, daß für jeden einzelnen — ob jung oder alt, ob Mann oder Frau — ein Arbeitsplatz bereitsteht. Das Recht auf Arbeit — in Albanien ist es nicht nur in der Verfassung verankert, er wird auch tatsächlich verwirklicht.

Und auch all die anderen Dinge, die uns das Leben so schwer machen, sind für die Albaner sozusagen Fremdwörter. Nehmen wür die rasante Teuerung, die jetzt gerade bei Benzin und Heizöl immer neue Bocksprünge macht. In Albanien sind seit 35 Jahren, seit der Befreiung des Landes von der Nazi-Besatzung, die Preise stabil geblieben — ja, teilweise wurden sie sogar schrittweise gesenkt.

Wollte man den Albanern vom Würgegriff der Steuern, von der ständig steigenden Last der Sozialabgaben erzählen, dann würden sie auch hier sagen: kennen wir nicht. Denn dort sind die Steuern schon vor über zehn Jahren abgeschafft worden. Alters- und Krankenversicherung werden vom Staat getragen, ohne daß die Werktätigen dafür auch nur einen Pfennig von ihrem Lohn abzweigen müßten. Die Monatsmiete entspricht ungefähr zwei Tageslöhnen — man könnte noch viele solcher Beispiele anführen.

Ja leben denn die da unten im Paradies, wird angesichts dieser Tatsachen mancher ungläubig fragen. Ein Paradies oder ein Schlaraffenland ist Albanien nicht. Die Menschen dort arbeiten genauso hart wie wir. Nur — sie arbeiten für sich selbst. Und das ist der entscheidende Unterschied. Als das albanische Volk, geführt von der kommunistischen Partei vor 35 Jahren die Truppen der Nazi-Wehrmacht aus dem Land gejagt hat, hat es auch die Macht der einheimischen Ausbeuterklassen gebrochen. Die kapitalistischen Blutsauger und Arbeitsplatzkiller, die Großgrundbesitzer wurden zum Teufel gejagt.

Die Arbeiterklasse selbst im Bündnis mit den übrigen Werktätigen ergriff die Macht. Und so wurde die gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Interesse des steigenden Wohlstands der breiten Massen organisiert — statt im Profitinteresse einzelner Konzernherren, wie das bei uns der Fall ist. Und das albanische Volk und seine Partei haben es in all den Jahren auch nicht zugelassen, daß sich wie etwa in der DDR eine privilegierte Schicht von Bonzen, eine neue Ausbeuterklasse heranbildet.

Ein beredtes Zeichen dafür ist zum Beispiel die Tatsache, daß in Albanien das höchste und das niedrigste Einkommen in einem Verhältnis von 2:1 stehen. Das ist wahrhaftig einmalig auf der Welt. Und dabei ist es auch noch ein Normalfall, daß ein unter schweren Bedingungen arbeitender Facharbeiter — wie etwa der Kumpel im Bergbau — mehr verdient als ein Minister.

In Albanien ist der Sozialismus nicht nur ein Lippenbekenntnis, wie wir das aus der DDR, aus der Sowjetunion oder aus China kennen — in Albanien wird der Sozialismus tagtäglich verwirklicht. Die Arbeiterklasse mit ihrer Pdartei hat die Macht im Staat wie im Betrieb. Und wo immer sich Erscheinungen zeigen, die ihren Interessen entgegenstehen — sei es Bürokratismus, Schlamperei oder Streben nach Privilegien — werden sie konsequent bekämpft.

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!

Erklärung des Politbüros der KPD/ML

Die Kriegsgefahr wächst. Ähnlich wie in der Zeit vor dem ersten und vor dem zweiten Weltkrieg verschärfen sich die Widersprüche der imperialistischen Mächte, der imperialistischen Blöcke untereinander. Während die sowjetischen Sozialimperialisten mit Waffengewalt das afghanische Volk niederzuzwingen versuchen, beschleunigen die USA-Imperialisten in wahnwitziger Weise ihre aggressive Kampagne gegen den Iran, drohen sie, den Nahen und Mittleren Osten in ein Pulverfaß zu verwandeln, bereit, jeden Augenblick in die Luft zu fliegen.

Zerronnen der Traum von der sogenannten Entspannung. Die Kurse der Rüstungsaktien steigen. Die kalten Krieger sind wieder am Zug. In ihrem Streben nach hohen und höchsten Profiten, nach Rohstoffquellen, Absatzmärkten, billigen Arbeitskräften, Einflußsphären und Weltherrschaft geraten die Imperialisten, geraten vor allem die zwei Supermächte, die Sowjetunion und die USA, zunehmend aneinander. Und während Moskau seine Satelliten — wie die DDR — zwingt, seine Aggression in Afghanistan zu unterstützen, übt Washington einen brutalen Druck auf seine NATO-„Verbündeten" — wie die Bundesrepublik — aus, um sie zu Maßnahmen wie den Olympiaboykott, Sanktionen gegen den Iran und eine verstärkte Aufrüstung zu zwingen.

Beide deutsche Regierungen aber, sowohl die Honecker- wie die Schmidt/Genscher-Regierung, scheuen sich nicht, sich im eigenen imperialistischen Interesse zu Sklaven, zu willfährigen Handlangern ihrer Herren und Bündnispartner im Kreml und im Weißen Haus zu machen.

Kanonenfutter, Schlachtvieh zu sein, sterben für die Interessen der USA, sterben für die Interessen der Sowjetunion, das ist das Schicksal, das die zwei Supermächte in ihrem Krieg um die Weltherrschaft dem deutschen Volk zugedacht haben. „The Germans to the front!" — Wehren wir uns! Nicht das iranische, nicht das russische, nicht das amerikanische, noch irgendein anderes Volk und schon gar nicht unsere Brüder und Schwestern hüben wir drüben sind unsere Feinde! Unsere Feinde sind die, die uns zum dritten Mal in diesem Jahrhundert um ihrer Profitinteressen willen auf die Schlachtbank eines neuen Völkermordens treiben wollen: die Imperialisten, die Herren der Monopole und Banken!

Wehren wir uns! Der Krieg ist kein unabwendbares Schicksal, kein Gesetz der Natur. „Der Frieden wird", wie Stalin sagte, „erhalten und gefestigt werden, wenn die Völker die Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und ihn bis zum äußersten verteidigen. Der Krieg kann unvermeidlich werden, wenn es den Kriegsbrandstiftern gelingt, die Volksmassen durch Lügen zu umgarnen, sie zu betrügen und sie in einen neuen Weltkrieg hineinzuziehen." Kämpfen wir in diesem Sinne unter der Losung: „Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!" gegen den Krieg!

Franz Josef Strauß *Zum Ehrensheriff von Texas gekürt*



Der Sheriff steht ihm schon ganz gut: Faustrecht unterm Cowboy-Hut. Doch besser machte sich der Mann als Ober-Lynch vom Ku-Klux-Clan.

Unser Ziel: Freiheit, Wohlstand und Frieden

Die KPD/ML will den Sozialismus

„Sozialismus? Dann arbeitet ja überhaupt keiner mehr!" — so lautet ein ebenso gängiges wie dummes Schlagwort aus dem Arsenal des Antikommunismus. — Arbeitet keiner mehr? — Im Gegenteil! Im Sozialismus werden diejenigen erst mal arbeiten lernen, die heute auf Kosten von uns Arbeitern ihren Geschäften und luxuriösen Vergnügungen nachgehen — in ihren Villen im Tessin, in ihren vollklimatisierten Bungalows, bedient von ihrem Personal: die großen Boße, die Finanziers und Monopolisten, die alten Verderber Deutschlands, die immer noch seine Herren sind.

Was will die KPD/ML? Kurz gesagt dies: ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Unter Sozialismus verstehen wir vor allen Dingen, daß die Arbeiter die politische Macht und das Sagen haben. Die Arbeiter, die allen Reichtum und alle Güter erschaffen, sollen auch über ihre gerechte Verteilung bestimmen. Sie sollen die Gesellschaft führen.

Im Sozialismus wird die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen fallen und mit ihr alle die unentrinnbaren Übel des kapitalistischen Systems: Krisen, soziale Unsicherheit, Elend und Arbeitslosigkeit, Kriegsgefahr. Befreit von der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung werden die Werktätigen erstmals die Möglichkeit haben, die Produktion entsprechend den Bedürfnissen und zum Wohle der Gesellschaft, das heißt der Werktätigen, zu organisieren.

„Sozialismus, schön und gut", hört man da sagen. „Aber das funktioniert nicht! „Schau dir doch man die DDR an! Tatsächlich aber herrscht in der DDR längst kein Sozialismus mehr: Der einstige sozialistische Staat ist zu einem kapitalistischen Staat der Parteibürokraten und Staatsbonzen geworden. Der Sozialismus muß auch dort von den Arbeitern und Werktätigen erst wieder erkämpft werden. In der DDR kämpft die wirkliche Kommunistische Partei in strenger Illegalität: die KPD/ML — Sektion DDR. Die KPD/ML ist übrigens die einzige echt gesamtdeutsche Partei.

Die KPD/ML, indem sie den Sozialismus anstrebt, läßt jedoch keinen Zweifel daran, daß der Weg dorthin nicht leicht ist. Es geht nicht ohne eine bewaffnete Revolution. Wir sind keine Gewaltanbeter. Wir sind im Gegenteil die entschiedenste Partei des Friedens. Aber wir sehen, daß die Kapitalistenklasse durch ihren Bonner Staat bis an die Zähne bewaffnet und bereit ist, die Waffen auch einzusetzen.

Wir wollen Glück und Wohlstand und Frieden erringen. Dazu muß man den Kriegstreibern und Ausbeutern den Knüppel aus der Hand schlagen, muß man sich auf die Auseinandersetzung vorbereiten. Das ist eine einfache Wahrheit; man kann nicht von Sozialismus reden und diese Wahrheit verschweigen. Wer das tut, führt die Arbeiter einer katastrophalen Niederlage entgegen. Gerade auch in diesem Punkt unterscheidet sich die KPD/ML von der DKP. Die DKP orientiert die Arbeiter auf den Stimmzettel und auf einen sogenannten friedlichen Übergang. Das hindert die DKP-Führung dann jedoch nicht, bei ihren Plänen zur Errichtung eines „Sozialismus" à la DDR in der Bundesrepublik die sowjetischen Panzer in ihr Kalkül einzubeziehen.

Die KPD/ML strebt ein wiedervereinigtes, unabhängiges Deutschland an; sie erklärt jedoch, daß eine friedliche Wiedervereinigung, wie sie nur im Interesse der Arbeiter liegen kann, nur auf revolutionärer, sozialistischer Grundlage möglich ist.

Nur ein sozialistisches Deutschland, gestützt auf seine eigenen Kräfte, auf den Willen, die Kraft und Einheit der Werktätigen, wird auch seine nationale Unabhängigkeit wahren können. Wir wollen kein Deutschland von Washingtons oder Moskaus Gnaden, noch ein Deutschland unter der Fuchtel der Thyssen, Krupp und Flick. Wir wollen ein rotes Deutschland, ein Deutschland der Arbeiter, ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, Do und Fr 17-18.30 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 10-13 Uhr.

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.